

„Den Weg für grundlegende Änderungen öffnen“

Unsere Zeit
9.1.2015

Interview mit Giorgos Marinou, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands

UZ: Die Entwicklungen in Griechenland führen am 25. Januar zu Parlamentswahlen. Wird die zu erwartende Polarisierung auf ein angebliches „Für EU“ – und „Gegen EU“-Szenario für die KKE zu meistern sein?

Giorgos Marinou: Diese Polarisierung wird so nicht zu erwarten sein, denn beide Parteien, die um die nächste Regierungsbildung ringen (Nea Dimokratia und Syriza), bekennen sich zur EU. Der Syriza-Vorsitzende, Alexis Tsipras, hat unmissverständlich erklärt: „Wir gehören zum Westen, zur EU und NATO. Das steht für uns außer Frage“. Daher wird sich die angestrebte Polarisierung um die Angst vor einer möglichen Katastrophe drehen, die von der ND geschürt wird, falls man die gegenwärtige volksfeindliche Politik aufgibt, und um die Ausnutzung der Empörung des Volkes durch Syriza, die Illusionen über die Verwaltung des kapitalistischen Systems hegt. Dabei sollte man erwähnen, dass Syriza keinen Beitrag zur Entwicklung der Arbeiterkämpfe leistet.

Durch beachtliche Kämpfe und breite Aufklärungsarbeit zeigt unsere Partei den arbeitenden Menschen auf, dass – welche Variante der bürgerlichen Systemverwaltung im Rahmen der EU, der NATO und des kapitalistischen Entwicklungswegs auch immer gefahren wird – sie nicht zu Gunsten der arbeitenden Menschen sein wird. Die einzige Lösung ist die Stärkung der KKE, um die Kämpfe des Volkes zu stärken und den Weg zu grundlegenden Veränderungen zu öffnen.

UZ: Hiesige Medien malen den Untergang Griechenlands an die Wand, für den Fall, dass die „radikale Linke“, also „Syriza“, die Wahlen gewinnt. Die EU mischt sich massiv in den Wahlkampf ein. Welche Erwartungen habt ihr an die



Giorgos Marinou

Politik, die mit Alexis Tsipras zu erwarten wäre?

Giorgos Marinou: Solche Bilder malt auch die Regierungspartei ND in Griechenland. Trotzdem äußern sich Teile des Kapitals anders und unterstützen eine mögliche Regierung von Syriza.

Zwischen ND und Syriza bestehen wohl Unterschiede, die Differenzen innerhalb der Länder der Eurozone sowie innerhalb der Konzerne, der Bourgeoisie, der Unternehmer widerspiegeln. Die in der EU und in Deutschland vorherrschende Auffassung spricht von einer restriktiven Politik, damit die gesamte Eurozone nicht in die Krise abrutschen kann. Andererseits wird eine Auffassung vertreten, die von einer noch expansiveren Politik spricht, wie der EZB-Präsident Mario Draghi geäußert hat: haushaltspolitische Toleranz, um die Liquidität zu erhöhen, damit manchen Unternehmern Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden und die Wirtschaft „aufatmen“ kann, wie Syriza behauptet. Nur, dass diese Gelder das Volk nicht erreichen, sondern verschiedenen Teilen der Plutokratie zu Gute kommen werden.

Wenn also Syriza und ND darum konkurrieren, wer das Profitstreben des Kapitals, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die Schuldentrückzahlung besser stärken wird, kann es keine volksfreundliche Politik durch

eine Syriza-Regierung geben, die sich zur Partei der Sozialdemokratie gewandelt hat. Das Leben hat bewiesen, dass „linke Regierungen“, sowohl in Griechenland, als auch in Europa zu Brücken für noch „rechtere“ Politiken geworden sind.

UZ: Welchen Weg schlägt die KKE hinsichtlich Schulden und EU für Griechenland vor?

Giorgos Marinou: Nicht das Volk, sondern das Kapital und seine Regierungen tragen die Verantwortung für die Schulden. Verantwortlich dafür ist der Eintritt des Landes in die EWG bzw. EU, der traditionelle Wirtschaftszweige vernichtet hat, und insgesamt der kapitalistische Entwicklungsweg, da der Staat Schulden aufgenommen hat, um der Rentabilität des Kapitals zu dienen und jetzt die arbeitenden Menschen zur Zahlung der Zeche aufruft.

Weder der Plan der ND über die „Streckung“ der Rückzahlungsfrist (die auch von führenden Vertretern von Syriza geteilt wird), noch das offizielle Ziel von Syriza und IWF für einen Schuldenschnitt, um die Schulden „tragfähig“ zu machen, werden das Volk von dieser unerträglichen finanziellen Last entlasten.

Das Volk soll die Voraussetzungen innerhalb der Gesellschaft schaffen, um den Weg zur einseitigen Streichung der Schulden, zur Loslösung Griechenlands aus EU und NATO, zur Gestaltung einer Wirtschaft auf der Grundlage der Bedürfnisse des Volkes und nicht der Rentabilität des Kapitals zu öffnen. Dazu ist die Arbeiter- und Volksmacht erforderlich. Eine wesentliche Voraussetzung ist die Wiederformierung der Arbeiter- und Volksbewegung, der Aufbau des Volksbündnisses der Arbeiterklasse mit den anderen Volksschichten, die durch die Stärkung der KKE erreicht werden kann.

UZ: Die KKE lehnt eine Mitgliedschaft in der „Partei der Europäischen Linken“ ab. Was sind eure Beweggründe dafür? Gibt es nicht auch Gründe, die für eine solche Art von Zusammenschluss sprechen?

Giorgos Marinou: Die KKE blickt auf 96 Jahre ununterbrochenen internationalistischen Kampfes zurück. Die internationalen Treffen von kommunistischen und Arbeiterparteien begannen 1999 auf Initiative der KKE. Die KKE nimmt an internationalen Aktivitäten anderer Parteien teil und ergreift Initiativen für die Koordinierung von Aktionen auf internationaler und regionaler Ebene. Daher beruhen unsere Unterschiede mit der „Partei der Europäischen Linken“ (ELP) nicht auf der Frage der Notwendigkeit der Koordinierung der Aktivitäten, sondern auf deren Ausrichtung.

Die KKE geht davon aus, dass die gemeinsamen Aktivitäten gegen imperialistische Kriege und Interventionen, gegen den kapitalistischen Entwicklungsweg, gegen die arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahmen, die imperialistischen Vereinigungen EU und NATO, gegen alle imperialistischen Vereinigungen verstärkt werden sollen. Unser Ziel ist die Gestaltung einer zeitgemäßen revolutionären Strategie auf internationaler Ebene.

Das ist nicht möglich durch die ELP, deren Gründung und Aufbau auf EU-Beschlüsse zurückzuführen ist. In all ihren Dokumenten akzeptieren und unterstützen alle sogenannten „europäischen Parteien“, darunter auch die ELP, die Europäische Union und genießen eine vielfältige Unterstützung von ihr.

Auf europäischer Ebene spricht sich die KKE für eine neue Form der Zusammenarbeit und des Zusammenschlusses von kommunistischen und Arbeiterparteien, die in gemein-

samen Grundsätzen übereinstimmen. 29 Parteien, die keine Vollmitglieder der ELP sind, beteiligen sich bereits an der „Initiative Kommunistischer und Arbeiterparteien zur Erforschung und Ausarbeitung europäischer Themen und zur Koordinierung ihrer Aktivitäten“.

Wir stützen uns auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus. Uns vereint die Vision einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Armut, soziale Ungerechtigkeit und imperialistische Kriege. Wir bekennen uns klar zum Kampf gegen die EU, die wir als Option des Kapitals betrachten. Wir bauen auf das Recht jedes Volkes, souverän seinen Entwicklungsweg zu wählen, einschließlich des Rechtes auf Loslösung von den vielschichtigen Abhängigkeiten von EU und NATO, sowie des Rechtes auf einen sozialistischen Entwicklungsweg.

Das Leben selbst wird zwangsläufig jede Partei, die ihrer historischen Mission als Partei der Arbeiterklasse und der sozialistischen Perspektive entsprechen will, dazu führen, sich unserer gemeinsamen Front gegen die Monopole, den Kapitalismus und seine Vereinigungen anzuschließen. Ansonsten wird sie zum vergeblichen Bestreben einer „Humanisierung“ der EU und des Kapitalismus abrutschen, sie wird ihre kommunistische Identität verlieren. Somit wird sie auch die falschen Antworten auf die historischen Fragen „Sozialismus oder Barbarei?“ und „Reform oder Revolution?“ geben, die Rosa Luxemburg gestellt hatte. Sie wird dadurch, wie heute unter anderen die ELP, den Interessen des Volkes und der arbeitenden Menschen gegenüberstehen.

UZ: Wir wünschen euch Erfolg bei den Wahlen und in euren Kämpfen im Jahr 2015!

Die Fragen stellte Günter Pohl